

Hier spielt sicher das historische Trauma der Kolonialisierung eine Rolle, welches der Grund für die grundsätzlich skeptische Haltung gegenüber Fremden auf dem Kontinent ist. Die Medienberichterstattung hat zur verstärkten negativen Perzeption chinesischer Einwanderer in Afrika beigetragen<sup>243</sup>

## **9. Fallstudie Sambia: antichinesische Perzeption aufgrund von Migrationsproblemen und Menschenrechtsverletzungen**

In der sambischen Bevölkerung ist eine anti-chinesische Haltung zu verzeichnen. Diese Perzeption hat drei Gründe: die Dominanz chinesischer Investoren im Minensektor, die in diesem Zusammenhang stattfindenden Menschenrechtsverletzungen und die hohe Zahl chinesischer Arbeitsmigranten in den städtischen Bereichen, die als Handelskonkurrenz empfunden werden. In Sambia tritt diese Negativhaltung deshalb scheinbar so deutlich zutage, da der Oppositionspolitiker Sata sie zum Thema seines erfolgreichen Wahlprogramms gemacht hatte.

### **9.1. Bestandsaufnahme: Chinesische Investition und chinesische Migranten in Sambia**

In Sambia ist die Gesamtmigration der Chinesen im afrikanischen Vergleich eigentlich gering: So bewegten sich die geschätzten Zahlen für 2007 in einer weiten Spannbreite zwischen 2 300 und 80 000 Personen.<sup>244</sup> Fakt ist aber, dass die Gesamtzahl gegenüber 2001 erheblich angestiegen ist,<sup>245</sup> und deren Großteil in der Hauptstadt Lusaka konzentriert ist.<sup>246</sup> Letzteres wird als enormes soziales Spannungspotenzial wahrgenommen, da Konkurrenzsituationen im Einzelhandel entstehen.<sup>247</sup>

---

<sup>243</sup> Vgl. Park (2009), S. 10.

<sup>244</sup> Diese Zahlen basieren auf Medienquellen, den Angaben chinesischer und deutscher Botschaften sowie der GTZ-Information. Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 31.

<sup>245</sup> Vgl. Vgl. Perret (2006), S. 8.

<sup>246</sup> Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 31.

<sup>247</sup> Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 31.

Chinesische Quellen geben, wie bereits erläutert, üblicherweise das geringste Niveau einer geschätzten Bandbreite an Migranten an. Einen Grund für die von afrikanischer Seite hohe zahlenmäßige Einschätzung und damit für die große Spannweite der Daten, sieht Park in den starken anti-chinesischen Ressentiments, die sich in der jüngeren Vergangenheit in Sambia abspielten und sowohl medialen, sozialen und politischen Antrieb erfuhren. Als Beleg für diese These sieht Park, die die Maximalzahl der Chinesen in Sambia bei 40 000 Menschen veranschlagt, die Tatsache, dass sich auch in Namibia ein ähnlich großer Unterschied zwischen chinesischen und afrikanischen Zahlen zeigt, wo es ähnliche soziale Spannungen gab.<sup>248</sup>

Allerdings sind es gerade diese anti-chinesischen Ressentiments in Sambia, die Aufschluss über die Perzeption des chinesischen Einflusses seitens der Bevölkerung geben. Dass solch eine Gegenbewegung in Sambia entsteht, ist kein Zufall: Eine vergleichsweise starke Zivilgesellschaft war auch in der Vergangenheit ein wichtiger Motor auf dem Weg zur Demokratisierung und spielt auch gegenwärtig noch eine große Rolle.<sup>249</sup> Interessant ist im Fall Sambia außerdem, dass eine Gruppe chinesischer Arbeitsmigranten die Landwirte darstellen, die sich bereits im Blickpunkt sambischer Kritiker befinden, obwohl genaue Zahlen zu dieser relativ neuen Migrantengruppe auch hier nicht verfügbar sind.<sup>250</sup> Trotzdem sind auch in diesem Fall wiederum Aufschlüsse über afrikanische Perzeptionen möglich, denn Landnutzung und Ernährungssicherheit stellen zwei sensible Themen in Sambia dar. Im Grunde geht es hierbei um große Landflächen, die von chinesischen Investoren für den Anbau von Jatropha genutzt würden. Ein neues Joint Venture auf der Basis einer Grundinvestition von 400 Millionen Dollar, das zwischen der Privatfirma ‚Biomass Zambia PLC‘ und der chinesischen Firma ‚Walhan Kaida‘ geschlossen wurde, beinhaltet Anbau und Weiterverarbeitung der Pflanze Jatropha, auf deren Basis Biodiesel erstellt wird. Lokale Bauern befürchten, dass bereits ohne diese neue Investition chinesische Kleinbauern die sambische Konkurrenz in die Armut treiben. Die negativen Sichtweisen auf dieses Projekt sind besonders vor dem Hintergrund einer grundsätzlichen Nahrungsmittelknappheit nachvollziehbar.<sup>251</sup>

---

<sup>248</sup> Vgl. Park (2009), S. 3.

<sup>249</sup> Vgl. Mair (2009), S. 72.

<sup>250</sup> Vgl. Park (2009), S. 8.

<sup>251</sup> Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): Banda bags a Million, S. 6.

## 9.2. Chinesische Präsenz als Wahlkampfthema der Präsidentschaftswahlen 2006

Ein Hinweis auf die negative Perzeption chinesischer Präsenz in Sambia ist das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen 2006, bei denen ein antichinesisches Wahlprogramm auf hohen Zuspruch in der Wahlbevölkerung traf. Bei den Präsidentschaftswahlen 2006 konnte Kandidat Michael Sata für die Patriotic Front 29% der Stimmen für sich gewinnen und Hakainde Hichilema von der (UDA) (=United Democratic Alliance) 24% der Stimmen. Beide gelten als die Hauptkontrahenten der Regierungspartei. Levy Mwanawasa gewann für diese wieder das Präsidentschaftsamt mit 43% der Stimmen für seine MMC (=Movement for Multiparty Democracy), der auch der jetzige Präsident Rupiah Banda angehört.

Im Ergebnis blieb zwar der Sieg für Mwanawasa, der Verlust der absoluten Mehrheit gegenüber einem extremen Zugewinn der Oppositionspartei steht trotzdem für eine Machtverschiebung in der sambischen Politik. Trotz des Siegs der MMC konnte Sata durch seine Wahlkampfstrategie vor allem die Präferenzen der Bürger der Hauptstadt Lusaka und derer im Copperbelt auf sich vereinen, indem er Gesundheitsversorgung, Wohnsituation und Arbeitslosigkeit in Bezug auf die Rolle chinesischer Investoren im Land zum Thema seiner Kampagne machte. Insgesamt verbesserte Sata sein Ergebnis so im Vergleich zu 2001 um 26 Prozentpunkte. Dabei stand ein persönlicher Schlagabtausch Mwanawasa und Satas über die Rolle chinesischer Investoren im Zentrum des Wahlkampfes.<sup>252</sup>

Sata läutete den Wahlkampf mit dem Versprechen ein, im Falle eines Wahlsieges alle chinesischen, indischen und libanesischen Händler aus den Stadtzentren des Landes zu verweisen, da diese als aggressive Konkurrenten sambischer Händler empfunden würden und somit deren Existenzgrundlage zerstörten. Daran entzündete sich ein genereller Schlagabtausch über die Rolle chinesischer Investoren in Sambia: Sata prangerte diese als rücksichtslose Nutznießer sambischer Ressourcen und Arbeitskräfte an, während Levy die Gegenposition vertrat und seine Investorenpolitik als Garant für Wachstum und Arbeitsplätze bezeichnete.<sup>253</sup> Aber auch er band das Thema chinesischer Investoren in seinen Wahlkampf ein, und demonstrierte die positiven Auswirkungen des chinesischen Engagements, indem er bei seinem Wahlkampf im Copperbelt in

---

<sup>252</sup> Vgl. Botterweck (2006), S. 2.

<sup>253</sup> Vgl. Botterweck (2006), S. 9.

Begleitung chinesischer Begleiter auftrat. Bei Sata spielte die Migrationsproblematik und die damit verbundene steigende Konkurrenz im Handelssektor die entscheidende Rolle. Da Sata einen Großteil seiner Stimmen der städtischen Bevölkerung zu verdanken hat, lässt sich annehmen, dass dieses Versprechen die Präferenzen der Stadtbevölkerung widerspiegelte. Insgesamt war der Wahlkampf allerdings durch persönliche Auseinandersetzung der beiden Hauptkandidaten, statt durch Lösungskonzepte für wirtschaftliche und soziale Probleme Sambias gekennzeichnet.<sup>254</sup>

Wie bedeutend das Thema chinesischen Einflusses in der Kampagne Satas war, zeigt auch eines seiner außenpolitischen Ziele, nämlich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Taiwan. Die Folge Satas' Handeln trafen die sambisch-chinesischen Beziehungen empfindlich. Erst eine öffentliche Entschuldigung des amtierenden Präsidenten für Satas Handeln und eine weitere Zusicherung des Ein-China-Prinzips lösten den Konflikt.<sup>255</sup> Insgesamt zeigt die Wahlkampfstrategie beider Kandidaten, welches Spannungsfeld sich um chinesische Investition und Migration bewegt. Dessen Stellenwert im öffentlichen Diskurs gibt Aufschluss über die Perzeption chinesischen Engagements in der Bevölkerung gibt.

### **9.3. Die aktuelle Form chinesischer Präsenz in Sambia: Investitionen, Arbeitsschutz und Menschenrechte**

Mit seinem anti-chinesischen Programm versucht Sata auch für die im Jahr 2011 anstehende Wahl die Unterstützung von den tausenden jungen Arbeitslosen der Städte zu gewinnen. In Sambia entzündet sich gegenwärtig wiederum ein seit längerem existierender, innenpolitischer Konflikt an chinesischen Investitionen im Kupferminensektor: So hat Sata aufs Neue sein Wahlprogramm an den Ressentiments der Bevölkerung gegen die chinesische Präsenz vor Ort ausgerichtet. Aktuell bietet hier die CDB mit 5 Milliarden US-Dollar einen Kredit als Anreiz für chinesische Firmen, weiter in den sambischen Bergbau zu investieren. Dies ist das Ergebnis eines Vertrages mit der chinesischen Entwicklungsbank und dem sambischen Bergbauminister.<sup>256</sup> Die tatsächlichen Folgen der Investitionen würden sich laut Sata aber nur für die Chinesen auszahlen, während

---

<sup>254</sup> Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): Mining for votes, S. 9.

<sup>255</sup> Vgl. Botterweck (2006), S. 9.

<sup>256</sup> Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): Beijing digs deeper into zambian mines, S. 7.

Sambia nur Nachteile in Form einer chinesischen Dominanz dieses wichtigen Wirtschaftssektors erfahren würde. Die ‚China-Non-Ferrous-Metal-Mining Corporation‘ etwa will 600 Millionen Dollar Projekt für Bergbau in den Minen von Luanshya und Chambishi lancieren.<sup>257</sup> Dieses chinesische Unternehmen befindet sich gerade auf dem Weg, eines der größten Produzenten nicht-eisenhaltiger Metalle zu werden. Sambia ist eine Schlüsselkomponente für diese Entwicklung. Neben den Investitionen in die Kupfermine Luanshya und Chambishi erfolgten weitere Investitionen im Rahmen der verarbeitenden Industrie,<sup>258</sup> etwa durch den Bau einer Schmelzhütte (Chambishi Copper Smelt Ltd.), oder einer Produktionsfabrik für Sulfursäure.

In Regierungsgesprächen stehen zudem tiefere Aktivitäten im Rahmen der ‚Zambia & China Economic & Trade Cooperation‘ auf dem Plan: Bisher geht es bei dieser Kooperation um eine Freihandelszone für den Import chinesischer Materialien für Hoch- und Tiefbau. Einbezogen ist gleichzeitig eine Garantie über die Einstellung 4 000 Sambier.<sup>259</sup> Laut Sata käme die neue Investition trotzdem lediglich chinesischen Firmen zugute. Er verweist darauf, dass bereits vor dieser neuen Investition der Kupfersektor in chinesischer Hand gewesen sei. Tatsächlich ist das größte Unternehmen im Kupferbau die chinesische ‚China-Non-Ferrous-Metal-Mining Corporation‘.<sup>260</sup>

Mit seiner Haltung entspricht er einer gegenwärtigen anti-chinesischen Perzeption in Sambia, die allerdings nicht nur durch wirtschaftliche Dominanz hervorgerufen wurde sondern durch ein bestimmtes Ereignis im Umkreis der Verletzungen von Arbeitsschutz im Minensektor zusätzlichen Antrieb erfuhr: Im Oktober 2010 erschossen chinesische Manager 21 gegen Arbeitsbedingungen protestierende Arbeiter in einem Kohlebergwerk. An diesem Punkt entzündet sich ein innenpolitischer Konflikt, denn während der amtierende Präsident Rupiah Banda den Vorfall verharmlost, scheint Sata mit seiner Rhetorik den Bevölkerungsperzeptionen entgegenzukommen. Die Positionen beider Parteien sind klar: Während Banda die positiven Folgen des nun insgesamt 1 Milliarde US-Dollar umfassenden Engagements und die dadurch 15 000 neu geschaffenen Arbeitsplätze hervorhebt, entspricht Sata den Ressentiments in der Bevölkerung. Die umstrittene

---

<sup>257</sup> Vgl. Africa Mining Intelligence (2010): A New Copper Hub-for China. S. 1.

<sup>258</sup> In den meisten Fällen liegt Kupfer als Erz vor, das lediglich etwa 0,5 % bis 4% Kupfer enthält und bedarf je nach Erz (sulfidisch oder oxidisch) einer Extraktion durch Aufbereitung in Flotationsanlagen unter Zusatz von Wasser und anderen Chemikalien bei sulfidischen Erzen, durch Laugung bei oxidischen Erzen. Vgl. Deutsches Kupferinstitut (1997), S. 6.

<sup>259</sup> Vgl. Africa Mining Intelligence (2010): A New Copper Hub-for China. S. 1.

<sup>260</sup> Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): Beijing digs deeper into zambian mines, S. 7

Kupfermine Chambeshi etwa hat von 2 000 Arbeitern nur 52 fest Angestellte. Die Vorwürfe beziehen sich auf die Personalpolitik der Chinesen, die sowohl Managementpersonal als auch Facharbeiter und ungelernete Arbeitskräfte aus China mitbringen, während gelernte Sambier zunehmend von ungeschultem chinesischem Personal ersetzt werden. Folglich werden tatsächlich Arbeitsplätze geschaffen, die dann aber entweder von Chinesen eingenommen werden oder sambische Fachkräfte in niedrigere Positionen zwingen.<sup>261</sup> Afrikanische Arbeiter erhalten lediglich Niedriglöhne und nur auf kurze Zeit befristete Verträge: Ebenso kritikwürdig sind die dortigen Sicherheitsbedingungen, die zu einer Reihe von Arbeitsunfällen führten und schließlich bei einer Explosion 50 Menschen das Leben kostete.<sup>262</sup>

Arbeitsschutz ist ein zentrales Problem: Laut der ‚Mineworker's Union of Zambia‘ haben sich die Arbeitsbedingungen wesentlich verschlechtert und chinesische Investoren weigern sich schlicht gemeinsam mit der Vereinigung Vereinbarungen zum Thema Arbeitsschutz zu unterzeichnen. Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern derweil zumindest eine Verbesserung der Staatsfinanzen durch die Bergbauindustrie zu erreichen: Etwa 11 Prozent des ökonomischen Outputs stammt aus diesem Sektor, während die Steuer dort lediglich 1 Prozent beträgt. Eine Sondergewinnsteuer könnte zumindest eine Sanierung des Staatshaushalts leisten. Da allerdings zu Beginn asiatische Investoren gerade durch diesen niedrigen Steuersatz Zambia als attraktiven Standort empfanden, ist eine nachträgliche Vertragsänderung nur schwer durchsetzbar. Damit besteht gegenwärtig weder ein Ausweg aus der Abhängigkeit von chinesischen Investoren noch die Aussicht auf eigene Gewinnchancen.

Bezüglich der Innenpolitik und Entwicklungshilfe zeigt der Fall Zambia deutlich, welche zentrale Bedeutung die afrikanische Interpretation des Prinzips der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten hat: Präsident Banda forderte im August 2010 aufgrund deren angeblicher Einmischung in interne Angelegenheiten Zambias westliche Hilfsorganisationen zur Abreise auf. Um wiedergewählt zu werden, muss Banda die Infrastrukturprojekte erfolgreich umsetzen, dafür aber ist er auf externe Unterstützung angewiesen. Chinesische Anbieter sind hierfür die unkomplizierteren Partner.<sup>263</sup>

---

<sup>261</sup> Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): Mining for votes, S. 5.

<sup>262</sup> Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 60.

<sup>263</sup> Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): Mining for votes, S. 5.

Als Bestandsaufnahme im Fallbeispiel Sambia kann festgehalten werden, dass ein erfolgreicher Wahlkampf, geführt mit einer anti-chinesischen Propaganda tatsächlich negative Perzeptionen in der Bevölkerung zum chinesischen Einfluss enthüllt. Wie stark diese allerdings bereits vorher bestand, ist nicht nachweisbar. Eine Rolle hat sicherlich auch eine grundsätzliche Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land gespielt, die durch das als aggressiv und populistisch bekannte Auftreten Satas, der im Volksmund aus diesem Grund auch ‚King Cobra‘ genannt wird, geschürt.<sup>264</sup> Tatsächlich begutachten auch externe Beobachter die sambisch-chinesische Verflechtung kritisch: Chris Alden, ein Professor der ‚London School of Economics‘, wies auf eine fehlende Strategie seitens der Sambier hin, die den klar strukturierten Interessen und Zielen der chinesischen Akteure deutlich unterlegen sei: „Until such a strategy exists, the country may have plenty of stadiums but it will still be in need of agricultural, educational and infrastructure development.“<sup>265</sup>

## 10. Fazit

Ziel der vorliegenden Studie war es, ausgehend von den chinesischen Zielen der sinoafrikanischen Partnerschaft die Gewinne und Verluste für die afrikanischen Partner zu eruieren. Zunächst zeigte sich, dass die politischen und wirtschaftlichen Interessen Chinas sowie die Interessenwahrung afrikanischer Eliten die Gestalt chinesisch-afrikanischer Beziehungen formen. Beide Akteursgruppen können so ihre Interessen umsetzen: Auf der Ebene der internationalen Beziehungen gewinnt China Verbündete, während afrikanische Staaten von der Vetoposition Chinas im UN-Sicherheitsrat profitieren können. Außerdem ist die spezifische Herangehensweise Chinas bezüglich der diplomatischen Beziehungen attraktiv. Diese stützt das Machtempfinden der führenden Eliten durch repräsentative Besuche und großzügige Schenkungen, statt wie westliche Akteure, Ansprüche an innenpolitische Maßstäbe zu erheben. Die ‚fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz‘, mit denen China an sein Engagement in Afrika herantritt, dienen zudem der Konsolidierung autoritärer Systeme und damit dem Machterhalt der Eliten vor Ort, da für Demokratisierung keinerlei Anreiz besteht. Die bloße Präsenz und Einflussnahme auf dem traditionell von westlichen Mächten dominierten Kontinent dient gleichzeitig als Symbolisierung

---

<sup>264</sup> Vgl. Botterweck (2006), S. 9.

<sup>265</sup> Africa-Asia Confidential (2010): Banda bags a million, S. 6.